

Ein Gespräch
über den Kommunismus,
die DDR und die
Entwicklungen in Russland

„Die Revolution entlässt ihre Kinder“

Wolfgang Leonhard

Die Politische Meinung: Herr Professor Leonhard, Sie haben eine Vielzahl von Büchern, vorwiegend über die DDR, die Sowjetunion und Ihr eigenes Leben veröffentlicht. Nach dem Büchlein von 1952 unter dem Titel Schein und Wirklichkeit in der Sowjetunion erschien Ende 1955 Ihr zweites Buch, der Weltbestseller Die Revolution entlässt ihre Kinder. Nach weiteren zehn Büchern über die Sowjetunion, die DDR, die ersten Jahre der Kommunistischen Internationale unter dem Titel Völker hört die Signale sowie die Reformströmungen in der kommunistischen Weltbewegung unter dem Titel Der Eurokommunismus ist kürzlich ein neues Buch von Ihnen erschienen: Meine Geschichte der DDR. Darin erwähnen Sie, dass Sie nach der Wende 1989 vielfach „Erster Dissident der DDR“ genannt wurden. Was war das treibende Motiv Ihres Schreibens über diese vielen Jahrzehnte?

Wolfgang Leonhard: Aufklärung. Mir lag und liegt vor allem daran, ein differenziertes Bild der Entwicklung in der kommunistischen Welt zu vermitteln. Das bedeutete vor allem, einseitige positive Verherrlichungen genauso zu vermeiden wie einseitige Pauschalverurteilungen. Es war mein Ziel, die Widersprüche in der Entwicklung und bei den Menschen, die diese Entwicklungen erleben, aufzuzeigen, so wie ich das in meinem meistverbreiteten Buch *Die Revolution entlässt ihre Kinder* 1955 getan habe. Meine Bücher erschienen in Westdeutschland sowie in Übersetzungen und in fast allen westlichen Ländern Europas,

Asiens und Lateinamerikas. Aber mein Hauptziel war, meine Leser in der damaligen DDR und in den damaligen kommunistisch regierten Ländern Osteuropas zu erreichen. Den Vorschlag des Verlages, ob ich bereit wäre, *Die Revolution entlässt ihre Kinder* in der DDR illegal in Tarnumschlägen vertreiben zu lassen, habe ich sofort mit Zustimmung beantwortet. In wenigen Jahren erreichte die Auflage des Buches *Die Revolution entlässt ihre Kinder* 600 000, später 800 000 und schließlich eine Million Exemplare. Aber besonders gefreut hat mich, dass es auch in der DDR vertrieben wurde. Bis zur Berliner Mauer im August 1961 erhielt ich viele Briefe von DDR-Bürgern, die sie mir bei Besuchen in Westberlin – bis zur Errichtung der Berliner Mauer mitunter etwas schwierig, aber durchaus möglich – übersandt haben. Dieser Kontakt war für mich besonders wichtig.

Die Politische Meinung: Galt das auch für Menschen in der Sowjetunion?

Wolfgang Leonhard: Durchaus. Ich habe erfahren, dass mein Buch sogar höhere Funktionäre exklusiv in einer hektografierten Ausgabe erhalten haben.

Die Politische Meinung: Und woher haben Sie das erfahren?

Wolfgang Leonhard: Nach 1985, zur Zeit Gorbatschows in Moskau 1987, besuchte ich wiederholt die Sowjetunion, lernte Gorbatschow persönlich kennen, und er

berichtete mir über die hektografierte Ausgabe meines Buches für höhere Funktionäre.

Die Politische Meinung: Es wird behauptet, dass sich bei der großen Säuberung von 1936 bis 1938 in der Sowjetunion der Hauptschlag gegen kommunistische Parteimitglieder und gläubige Parteifunktionäre richtete, weit stärker als gegen Nichtkommunisten. Wie kam es, dass sich der kommunistische Terror so häufig gegen die eigenen Leute richtete?

Wolfgang Leonhard: Ja, das stimmt. Ich habe als Jugendlicher, als 15- und 16-Jähriger, die große Säuberung in der Sowjetunion von 1936 bis 1938 erlebt, darunter auch die Verhaftung meiner Mutter am 25. Oktober 1936 und vieler meiner Freunde. Die Mehrzahl der Verhafteten, die mir persönlich bekannt waren, waren damals keineswegs Gegner des Regimes, sondern überzeugte Parteimitglieder – teils von westlichen kommunistischen Parteien, teils von der sowjetischen KP.

Die Politische Meinung: Wie kam es, dass Stalin seinen Terror vor allem gegen die eigenen Leute, Parteimitglieder und Funktionäre richtete? War das eine groteske Fehleinschätzung, oder machte es, vom Standpunkt Stalins aus gesehen, einen Sinn?

Wolfgang Leonhard: Zunächst das Offensichtliche: Stalin war zutiefst von einem Misstrauen durchdrungen – auch und gerade gegenüber Parteifunktionären, die treu die Parteilinie vertraten und sich offen und wiederholt, ja ständig begeistert zu Stalin bekannten, in der Mehrzahl der Fälle übrigens damals aus innerster Überzeugung. Das konnte Stalin sich schwer vorstellen, und er witterte überall Gegner.

Der zweite Grund, der viel seltener erwähnt wird, der mir jedoch sehr plausibel erscheint, ist, dass Stalin besorgt an die Zukunft der Sowjetunion dachte, an die

Zeit, wo er selbst durch Krankheit oder Tod oder beides außer Gefecht gesetzt würde. Wer würde dann die Macht übernehmen? Welche Richtung würde die Sowjetführung einschlagen? Könnte er sicher sein, dass sein Kurs, seine Unterdrückung, seine Diktatur wirklich fortgesetzt werden würden? Darüber sprach er öffentlich nur einmal, aber mit einem interessanten Hinweis. Stalin sagte: Ihr seid ja alle so naiv wie kleine Katzen. Was wird passieren, wenn ich nicht mehr da bin? Stalin fürchtete, dass dann eine kommunistische Führung von der Partielite auserwählt und die Macht übernehmen würde, aber dann etwas völlig anderes machen würde als das, wofür Stalin Jahrzehnte gestanden hatte. Stalin hatte Angst, dass seine Nachfolger einen anderen Kurs steuern würden.

Die Politische Meinung: War die Angst Ihrer Meinung nach berechtigt?

Wolfgang Leonhard: Ja, durchaus. Die Nachfolger Stalins nach dessen Tod am 5. März 1953, Malenkow, Mikojan, Beria, Shukow sowie vor allem Parteiführer Nikita Chruschtschow, vollzogen einen weitreichenden Kurswechsel: offene Kritik an Stalin, am Stalin'schen Terror, an den Massenverhaftungen, der Allmacht des Staatssicherheitsdienstes, an dem Führerkult um Stalin. Seine Nachfolger leiteten eine große Amnestie ein: Viele Haftentlassungen, eine offene Kritik am Staatssicherheitsdienst, die Abkehr vom Primat der Schwerindustrie, die Verstärkung der Konsumgüterproduktion und die flexiblere Außenpolitik gegenüber dem Westen gehören zu den wichtigsten Wandlungen nach Stalins Tod.

Die Politische Meinung: Die Entwicklung nach Stalins Tod am 5. März 1953 schildern Sie in Ihrem letzten Buch Meine Geschichte der DDR. Sie beschreiben sehr deutlich und plastisch, wie die Sowjetführung, bereits un-

mittelbar nach dem Tode Stalins, den Versuch machte, Stalin möglichst schrittweise aus dem Verkehr zu ziehen. Sein Name wurde immer weniger in den Zeitungen erwähnt. Schon relativ bald nach seinem Tode, erstmals bereits Ende April 1953, begann man, Stalin zunächst vorsichtig, aber dann nach wenigen Monaten immer deutlicher offen zu kritisieren und nicht erst, wie viele Menschen im Westen annehmen, beim 20. Parteitag im Februar 1956. Galt das gleichermaßen in der Sowjetunion und in der DDR?

Wolfgang Leonhard: Nein, die Kritik an Stalin und seine Zurückdrängung begannen in der Sowjetunion bereits im späten Frühjahr 1953, während in der DDR Stalin noch mit Lobpreisungen überschüttet und grenzenlos gefeiert wurde, seitenlange und opulente Leichenreden auf Stalin gehalten und Stalin-Büsten aufgestellt wurden. Die Unterschiede zwischen Sowjetunion und DDR traten damals sehr deutlich zutage, und erst im Mai/Juni 1953 wurde die DDR-Führung durch den von Moskau geforderten „Neuen Kurs“ zu einer Revision ihrer Politik gezwungen. Aber in der DDR lief alles schnell aus dem Ruder. Die Arbeiterdemonstrationen gegen die DDR-Führung mündeten in den Arbeiteraufstand in der DDR vom 17. Juni 1953.

Die Politische Meinung: Der Tod von Stalin wurde also von der DDR-Führung zunächst stärker bedauert als in der Sowjetunion? Kann man das so sagen?

Wolfgang Leonhard: Selbstverständlich. Genau das trat ein. Ich zitterte im Frühjahr 1953 vor Aufregung, keineswegs nur wegen des Ablebens von Stalin, sondern vor allem, weil ich zum ersten Mal einen entscheidenden Unterschied in den Reaktionen der Sowjetischen KP und der SED-Führung wahrgenommen hatte. In der Sowjetunion gab es kein Mitglied des Politbüros, das nach dem Tode Stalins

am 5. März 1953 einen großen Gedenkartikel für Stalin veröffentlichte. Während dies bei früheren Stalin-Ereignissen, also bei seinem 50. Geburtstag am 21. Dezember 1929, am 60. Geburtstag 1939 und am 70. Geburtstag 1949 zu den Höhepunkten der Stalin-Ära gehörte. Nun aber, nach seinem Tode am 5. März 1953, gab es nichts Ähnliches in der Sowjetunion.

Die Politische Meinung: Und wie war das in der DDR?

Wolfgang Leonhard: Völlig anders. Wochenlang wurde in der DDR in außergewöhnlicher Aufdringlichkeit öffentlich getrauert. Die Medien quollen über von Nachrufen auf den angeblich größten Helden aller Zeiten. Ulbricht wollte sogar aus Moskau noch eine Gedenkbüste von Stalin erhalten, schrieb dorthin, aber erhielt sie nicht – obwohl sie sich vielleicht, was man allerdings nicht an Ulbricht schrieb, bereits in Müllablagen befand. Die weitverbreitete Auffassung, die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion und DDR seien immer identisch gewesen, stimmt nicht. Es stimmt häufig, aber es gab sehr wichtige Ereignisse, bei denen es zwischen Moskau und Ostberlin gravierende Unterschiede gab. Gerade diese Zeiten der Unterschiede markieren häufig wichtige Wendepunkte. Und dabei spielen natürlich die unterschiedlichen Reaktionen auf Stalins Tod am 5. März 1953 eine sehr wichtige Rolle.

Die Politische Meinung: Kann man sagen, dass die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 auch eine solche Schlüssel-situation gewesen ist? Denn da hat die Sowjetführung Ulbricht erlaubt, diese Mauer zu bauen.

Wolfgang Leonhard: Ja, aber Moskau hat lange, sehr lange gezögert, ehe es diese Mauerbauerlaubnis gab. Heute, nachdem in den letzten vier Jahren die oft ausführ-

Der Kommunismusexperte
Wolfgang Leonhard
erhielt im September 2004
den Europäischen
Wissenschafts-Kulturpreis.
© picture-alliance/dpa/dpaweb,
Foto: Frank Rumpenhorst



lichen und interessanten Memoiren ehemaliger sowjetischer Berater der SED vorliegen, wissen wir, dass Ulbricht bereits 1960 die Sowjetführung vor die Situation stellte: Ich kann, so Ulbricht damals wörtlich, den Bestand der DDR nicht länger garantieren, die Leute laufen uns davon. Ohne eine Mauer kann ich dieses System nicht mehr retten. Niemand hatte das – was damals natürlich nicht veröffentlicht wurde, heute aber in den sowjetischen Memoiren bestätigt wurde – so krass gesagt wie Ulbricht 1960 vor dem Mauerbau. Damit stellte er die Sowjetführung vor die Alternative: Wir brauchen eine physische Absicherung der Grenzen.

Die Politische Meinung: *Als es dann am heißen 13. August 1961 so weit war, hat Ulbricht*

seine engsten hohen Mitkämpfer, vor allem auch von den Blockparteien, auf seine Datscha eingeladen, um sie daran zu hindern, rechtzeitig von der Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalles“ zu erfahren. In Ihrem Buch erwecken Sie den Eindruck, als hätte der Westen möglicherweise auf den Bau der Berliner Mauer anders reagieren sollen: einerseits eine harsche Reaktion, vor allem im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen zur DDR-Führung, andererseits ein Entgegenkommen, falls die DDR-Führung bei einem Einlenken im Sinne des Verzichtes oder der Verzögerung der Berliner Mauer bereit gewesen wäre.

Wolfgang Leonhard: Ja, dieser Meinung bin ich. Ich hatte mir damals sehr gewünscht, dass der Westen vor der Errichtung der Berliner Mauer der Chruschts-

show-Führung auf diplomatischem Wege übermittelt, er wäre bereit, dies oder jenes zu tun, wenn der Osten die Bereitschaft zu Verhandlungen über die Berliner Mauer signalisierte. Ich wünschte mir ein politisches Handelsangebot mit Entgegenkommen und umgekehrt einen Hinweis, dass, falls kein Einlenken erfolgt, unsere Gangart härter würde – also nicht die damalige Losung „Wandel durch Annäherung“, sondern „Annäherung bei Wandel, mit Wandel und nach Wandel“. Eine Zusage, die dann natürlich eingehalten werden muss, und umgekehrt, falls kein Entgegenkommen erfolgt, die Fortsetzung der härteren Gangart.

***Die Politische Meinung:** Sprechen wir über einige führende DDR-Personen, die Sie alle persönlich gut gekannt haben, zum Beispiel Ulbricht. Wie hat er es geschafft, Spitzenfunktionär zu werden und eine längere Ära zu prägen als Grotewohl?*

Wolfgang Leonhard: Ulbricht hat dies – abgesehen von den letzten acht Jahren seines Lebens – geschafft durch eine eindeutige, absolut glaubwürdige Bereitschaft, alle Direktiven Moskaus zu erfüllen, ohne zu zögern oder etwa neugierige Fragen zu stellen. Seine Maxime war, die letzten Jahre ausdrücklich ausgenommen: Ihr sagt, was ihr wollt, und ich werde es machen. Dabei hat Ulbricht den Eindruck erweckt, als wäre er schon immer der entscheidende Mann der Sowjetunion gewesen – eine Behauptung, die nicht stimmt, aber leider auch im Westen manchmal kritiklos übernommen wurde. Unvergesslich für mich war der 9. April 1939 – ich war damals 18-jährig in der Sowjetunion –, als in der *Prawda* zu lesen war, der sowjetische Nachrichtendienst habe große Bedenken gegenüber Ulbricht, dem man nicht mehr völlig vertrauen könne, ob er vielleicht mit ausländischen Agenturen zusammenarbeite.

Dies wurde übrigens kürzlich in den Erinnerungen von Dimitrow bestätigt. Also, Ulbricht war nicht, wie häufig behauptet, immer unangefochten, sondern es gab vor 1945 wiederholt Zweifel an seiner Position und Glaubwürdigkeit.

***Die Politische Meinung:** Ulbricht war, glaube ich, kein angenehmer Mann. Sie haben ihn ja gut gekannt, und er kannte auch Sie. Er war nicht gebildet, so ein richtiger Apparatschik, und hatte Schwierigkeiten, Reden zu halten. Wenn er Reden halten musste, dann hat er lange geredet und in einer ermüdenden Form zumeist alles abgelesen.*

Wolfgang Leonhard: Ulbricht war ein äußerst effizienter Bürokrat, der die Kaderpolitik – westlich gesprochen die Personalentscheidungen im Apparat – völlig beherrschte. Er hatte keine Ausstrahlung, war aber ein treues, verlässliches Instrument der Sowjetführung. Erst in den letzten Jahren seines Regimes, gegen Ende seines Lebens, entwickelte er eine gewisse Eigenständigkeit.

***Die Politische Meinung:** Warum hatte Wilhelm Pieck eigentlich so schlechte Karten, an die Spitze vorzustoßen? Er war formal Staatsoberhaupt der DDR und besaß Bildung, Eloquenz und Charme.*

Wolfgang Leonhard: Bei Wilhelm Pieck gab es offensichtlich gewisse Bedenken Stalins. Er war Stalin nicht hart genug, nicht scharf genug. Pieck zeigte mitunter Schwächen für manche Funktionäre, die später in Ungnade fielen. Das machte ihn bei misstrauischen Funktionären verdächtig. Ich habe Wilhelm Pieck einiges zu verdanken. 1947 bei einer Begegnung bat er mich: „Schreib mir doch mal auf, was mit deiner Mutter ist. Vielleicht kann ich bei den ‚Freunden‘ (ein Synonym für Sowjetunion) wirksam sein und mithelfen, dass sie wieder zurückkommt.“ Meine Mutter war nach zehn Jahren im

Lager Workuta, von 1937 bis 1947, in einen kleinen Ort in Ostkasachstan in Verbannung. Das habe ich für Wilhelm Pieck aufgeschrieben, und er hat sich tatsächlich für meine Mutter eingesetzt. Durch seine Einwirkung kehrte sie dann im Sommer 1948 aus der sowjetischen Verbannung nach zehn Jahren Gulag zurück und erklärte mir, noch völlig aufgewühlt, bei unserer ersten Begegnung: „Die Sowjetunion ist kein sozialistisches Land.“

Stalins kritische Meinung über Pieck führte dazu, dass er Pieck wiederholt umging und die Dinge mit Walter Ulbricht besprach, wenn er etwas Neues mit der KPD-Führung vorhatte. Wilhelm Pieck ließ er einfach außen vor und informierte ihn nicht. Das galt auch für die besonders wichtigen Gespräche zwischen Stalin und der KPD-Führung Anfang 1946 in Moskau. Stalin lud Ulbricht für die Zeit vom 26. Januar bis 4. Februar ein und führte lange Gespräche mit Ulbricht, darunter auch über den Termin der geplanten Vereinigung von SPD und KPD zur SED. Bei diesen geheimen Gesprächen mit Ulbricht legte Stalin Anfang Februar 1946 fest, dass die Vereinigung von SPD und KPD vor dem 1. Mai 1946 stattzufinden habe. Vor dem 1. Mai 1946, das hieß also am 22. und 23. April 1946 – genau das war ja das Datum des Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zur SED.

Stalin hat also in ausführlichen Gesprächen mit Ulbricht nicht nur die Vereinigung von SPD und KPD festgelegt, sondern sogar das Datum. Die Hinweise über das Gespräch Stalins mit Ulbricht gingen dann schriftlich in einem zunächst nicht veröffentlichten Bericht an alle sowjetischen Kommandanturen in der Sowjetzone Deutschlands. Damit wussten nun die Kommandanten eindeutig, dass Ulbricht „unser wichtigster Mann“ in der sowjetischen Zone ist.

Die Politische Meinung: Sie erwähnen in Ihrem letzten Buch, dass es Ihnen schwerfal-

len würde, unter den Parteifunktionären Freunde zu erkennen, aber zwei Funktionäre schildern Sie mit gewissen positiven Zügen: Hans Mahle und Anton Ackermann.

Wolfgang Leonhard: Ich würde heute konzedieren, dass es gewisse positive Akzente gibt, aber bin weit davon entfernt, diese Aspekte zu übertreiben. Hans Mahle und Anton Ackermann würde ich allerdings nicht in dieselbe Rubrik einordnen wie die eiskalten Stalinisten Otto Winzer oder Kurt Fischer. Mir lag daran, Hans Mahle und Anton Ackermann gegenüber den anderen hohen SED-Funktionären wie etwa Ulbricht oder Winzer gemäßiger und flexibler darzustellen. Aber selbstverständlich waren auch sie Funktionäre, die die Stalin'sche Politik durchsetzten – allerdings ruhiger und sachlicher.

Die Politische Meinung: Sie haben sich nach der Wende im Herbst 1989 das ungewöhnliche Vergnügen gegönnt, in Berlin die alten Kameraden aus Moskau oder den Jahren 1945/46 in der Sowjetzone wieder aufzusuchen. Wer hat Ihnen denn da am besten gefallen?

Wolfgang Leonhard: Schwer zu sagen. Tief beeindruckt hat mich keiner. Aber ich bleibe dabei, dass, wenn ein Umdenken bei hohen DDR-Funktionären überhaupt hätte erfolgreich sein können, dann am ehesten in den ersten zwei Monaten, also zwischen September und November 1989. In diesen ersten zwei Monaten, die man damals – was heute leider häufig vergessen wird – als „friedliche Revolution“ bezeichnete, die dann erst Monate später zur „Wende“ degradiert wurde, gab es zunächst die Bereitschaft, auch unter höheren Funktionären, vieles neu zu überdenken.

Die Politische Meinung: Sie denken jetzt wohl an Mischa Wolf, mit dem Sie sich ja in der Wendezeit häufiger getroffen haben?

Wolfgang Leonhard: Nein, nicht nur, es gab auch andere. Zunächst den damals als Stalinist bekannten hohen DDR-Funktionär namens Peter Florin. Ein vertrauenswürdigem Stalinist mit durchaus gewandtem diplomatischen Benehmen – sonst hätte er ja nicht viele Jahre führend bei den Vereinten Nationen in New York sein können. Da musste man schon über ein flexibleres Benehmen verfügen. Aber gleichzeitig war er bekannt als harter Funktionär. Während der Wende war er der Einzige der führenden Funktionäre, der mir in einem Gespräch sagte: „Es ist ein Wunder, dass die DDR 40 Jahre lang gehalten hat. So viele Fehler kann man ja wirklich gar nicht begehen, wie wir sie begangen haben.“

Die Politische Meinung: Das sagte Florin damals?

Wolfgang Leonhard: Ja. In dem wundersamen Herbst 1989 sagte das sogar Florin. Er fügte hinzu, man müsse sich auch überlegen, ob es nicht zwischen der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft einen dritten Weg gebe, bei dem man von beiden Seiten bestimmte Elemente übernimmt. Solche Äußerungen gab es in den ersten Monaten bei Florin in der Wendezeit von 1989/90, und das stand im krassen Widerspruch zu seinem Verhalten in der Tschechoslowakei im Frühjahr 1968, während des Prager Frühlings. Sowohl Peter Florin, damals offiziell DDR-Botschafter in der Tschechoslowakei, als auch Mischa Wolf, Beauftragter des Geheimdienstes, unterhielten während des „Prager Frühlings“ von 1968 engste Kontakte zu den Gegnern der tschechoslowakischen Regierung und bereiteten mit diesen Kreisen die Besetzung des Landes durch die Ostblocktruppen vor, wie es dann am 21. August 1968 auch geschah. Wenn man nach dem Zusammenbruch von 1989 wirklich Maßnahmen gegen ein-

zelne Täter ergreifen wollte, dann hätte die tschechische Regierung vor allem die Auslieferung von Wolf und Florin verlangen sollen, denn beide haben einen Staatsverrat nach allen Regeln begangen. Sie haben während des „Prager Frühlings“ von 1968 Kontakt zu den Gegnern der tschechoslowakischen Regierung und der Mehrheit der Bevölkerung gehabt und mit diesen Kräften die Besetzung des Landes vorbereitet.

Die Politische Meinung: Sie haben die teilweise erzwungene und manipulierte Vereinigung von SPD und KPD in den Jahren 1945/1946 unmittelbar in führender Position erlebt sowie seit 1990 die Wandlung von der SED zur PDS beobachtet und in den letzten Monaten die jüngste Vereinigung mit der WASG zur Partei „Die Linke“. Einer der beiden Vorsitzenden der Partei, Lafontaine, spricht von der Notwendigkeit des Systemwandels und stellt damit das parlamentarische System infrage. Ähnliches geschieht auf der anderen Seite des politischen Spektrums seitens der NPD. Wie ernst sind diese Herausforderungen? Wie beurteilen Sie die Vorschläge zum eventuellen Verbot der radikalen Parteien von links und rechts?

Wolfgang Leonhard: Ich würde sehr vor einem Parteienverbot warnen. In Deutschland ist man meiner Meinung nach zu schnell mit der Meinung bei der Hand: verbieten. In allen demokratischen Ländern Europas gibt es nicht nur Linksparteien wie die PDS bis vor Kurzem und die heutige Linkspartei, die in unterschiedlichen Regionen Deutschlands im unterschiedlichen Ausmaß teils noch kommunistisch, in zunehmendem Maße bereits linkssozialistisch ist. Das erscheint mir durchaus normal für die meisten Länder Europas zu sein. In vielen Ländern Europas heißen diese Parteien auch noch heute „Kommunistische Partei“. Die Menschen des demokratischen Spektrums leben mit ihnen und setzen sich mit

ihnen auseinander. Ich kenne kein europäisches demokratisches Land, in dem ernsthafte Kräfte fordern würden, man solle diese Parteien verbieten.

Auch ich bin gegen ein Verbot und meine, es kommt vielmehr darauf an, die geistige und politische Auseinandersetzung mit diesen Parteien zu führen. Das gilt übrigens auch für die NPD – diese Partei ist mir persönlich in vieler Hinsicht höchst unangenehm, aber trotzdem ist es völlig unmöglich, sie zu verbieten. In allen anderen europäischen Ländern gibt es solche Parteien, sogar in musterdemokratischen Ländern wie Dänemark. Trotzdem habe ich nirgends gehört, dass man in Dänemark oder anderen traditionsbewussten demokratischen Ländern auf den Gedanken käme, solche Parteien zu verbieten.

Ich verstehe, dass man nach alledem, was in Deutschland geschehen ist, besonders vorsichtig ist. Aber seit Ende der Nazidiktatur sind inzwischen drei Generationen vergangen. Ich glaube, man sollte sich auch in Deutschland an die europäische Durchschnittserfahrung gewöhnen. Gewiss ist es eine höchst unangenehme Angelegenheit, dass es in parlamentarischen Demokratien teilweise linksextremistische oder rechtsextremistische Parteien gibt – oder gar beide auf einmal –, und die demokratischen Kräfte sollten sich überlegen, wie man diese möglichst klein hält, aber man sollte nicht gleich in Panik verfallen, wenn die irgendwo mal sechs, sieben oder acht Prozent in einem Landtag erhalten.

***Die Politische Meinung:** Sie sind ein erfahrener Russlandexperte und verfolgen die Politik dieses Landes seit mehr als sechzig Jahren. Vor einigen Jahren hat Schröder den russischen Staatschef „lupenreiner Demokrat“ genannt. Mittlerweile mehrten sich die Stimmen, die sagen, es sei eine Überforderung, Russland in eine funktionierende parlamentarische Demokratie überführen zu wollen. Würden Sie dieser Ansicht zustimmen?*

Wolfgang Leonhard: Dieser Ansicht würde ich nur dann zustimmen, wenn es in Russland noch nie demokratische Ansätze gegeben hätte. Aber das stimmt nicht. Unter der Führung Michail Gorbatschows, des sowjetischen Partei- und Staatsführers von 1985 bis 1991, erfolgte der Übergang von einer jahrzehntelangen harten kommunistischen Diktatur zu beträchtlichen Lockerungen mit weitreichenden Diskussionen unter dem Motto *Glasnost* (Offenheit) und *Perestroika* (Umgestaltung).

Anschließend von 1990 bis 1999 bildeten sich unter Jelzin in Russland zum ersten Mal in der Geschichte gewisse demokratische Tendenzen heraus. Erst Putins Machtantritt Ende 1999 hat diese außergewöhnliche Situation beendet. Ich kann das deshalb bestätigen, weil ich in diesen zehn Jahren sechsmal als OSZE-Wahlbeobachter in Russland tätig war. Ich habe alle Wahlen unter Jelzin beobachtet und aktiv miterlebt: Es waren die einzigen wirklich freien Wahlen, denn vorher gab es keine, nachher auch nicht mehr. Ich gehörte zu den Hunderten ausländischer Wahlbeobachter, wir haben alles genau beobachten können. Wir konnten auch Berichte über Fälschungen untersuchen, und niemand hat uns gehindert. Das Einzige, was wir nicht durften, war, bedeutende Erlebnisse unter dem Begriff „Fälschungen“ zu veröffentlichen, weil wir als OSZE-Wahlbeobachter dem Rechtsstaat verpflichtet waren und daher nichts öffentlich vertreten durften, was man nicht beweisen konnte. Statt „Fälschungen“ sprachen wir daher von „Unregelmäßigkeiten“, aber jeder verstand, was das heißt. In den zehn Jahren unter Jelzin hat es einige Wahlen ohne „Unregelmäßigkeiten“ oder nur in geringem Ausmaß gegeben. Zuweilen gab es örtliche Fehler, aber die jeweils verantwortlichen Personen haben sich sogar – in Russland höchst ungewöhnlich – dafür entschuldigt. Von keiner Seite der OSZE

wurde bezweifelt, dass es sich damals in Russland im Großen und Ganzen um echte Wahlen gehandelt hat. Die zehnjährige Jelzin-Periode – noch einmal: von 1990 bis 1999 – war politisch und menschlich das Beste, was Russland je erlebt hat – und deswegen werden Jelzin und sein Jahrzehnt heute von der Putin-Führung mehr bekämpft und verleumdet als irgendeine andere Periode Russlands.

Die Politische Meinung: Und wie ist es in Russland mit der Rechtsstaatlichkeit? Hat sie zugenommen? Es gibt Kommentatoren, die die Meinung vertreten, der Parlamentarismus sei zwar etwas abgesenkt worden, aber in Kompensation dazu habe die Rechtsstaatlichkeit zugenommen.

Wolfgang Leonhard: Nein. Weder das eine noch das andere. Die Behauptung, der Parlamentarismus sei „etwas abgesenkt worden“, ist für mich eine unglaubliche Verharmlosung. Was sich seit der Putin-Periode Ende der 1990er-Jahre vollzogen hat, ist ein entsetzlicher Rückschritt weg von den zehnjährigen beginnenden demokratischen Tendenzen unter Jelzin hin zum heutigen autoritär-diktatorischen

System. Im Rückblick wird Jelzin von der heutigen Putin-Führung bekämpft und verunglimpft. Es tut mir weh, dass die deutsche Öffentlichkeit diesen Wechsel, diesen grauenvollen Rückschritt nicht oder nur sehr unvollständig wahrgenommen hat, vor allem auch durch die Behauptung, eine Demokratie sei eben unter russischen Bedingungen unmöglich.

Die Verharmlosung des autoritär-bürokratischen Systems unter Putin seit 1999 auf der einen Seite und vor allem die Verunglimpfung der zehn Jelzin-Jahre, der relativ freiesten Periode der gesamten russischen Geschichte, scheint mir eine tragische Fehlbeurteilung der russischen Realität zu sein. Ich hoffe sehr, dass es so bald wie möglich zu einer gerechteren Beurteilung der Entwicklungen seit Gorbatschow kommen wird – der Jelzin-Periode auf der einen und des autoritär-diktatorischen Systems Putins auf der anderen Seite. Dies ist natürlich mit der Hoffnung verbunden, dass die russische Bevölkerung in der Zukunft eine rechtsstaatliche und demokratische Entwicklung erleben wird.

Das Gespräch führte Wolfgang Bergsdorf am 13. August 2007.

Wolfgang Leonhard wurde 1921 in Wien geboren. 1935 emigrierte er mit seiner Mutter Susanne, einer engagierten Kommunistin, in die UdSSR. Sie wird 1936 anlässlich einer stalinistischen Säuberungsaktion verhaftet und für zwölf Jahre in einen Gulag deportiert. Leonhard beginnt 1942 eine Ausbildung in der KOMINTERN-Schule, einer Kaderschmiede für nichtrussische Kommunisten.

Am 30. April 1945 kehrt er als jüngstes Mitglied der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück, um den Kommunismus in Deutschland zu verankern. Er arbeitete in Berlin für das Zentralkomitee der KPD und später SED und für die Parteihochschule Karl Marx. Nach seinem Bruch mit dem Stalinismus flieht er 1949 über Prag nach Belgrad und arbeitet dort für den Rundfunk. Ab 1950 lebt er als Journalist in Köln. Nach Studienaufenthalten in England und in den USA lehrt er bis 1987 in Yale Geschichte des Kommunismus. Leonhard ist mit der langjährigen Bundestagsabgeordneten Dr. Elke Leonhard verheiratet und lebt in Manderscheid/Eifel.